

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

250 (25.10.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassett monatl. 90 S., 1/2 jährl. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 u. 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt-Kolonnen od. deren Raum 20 S., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entz. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Manifest

der Delegationen der neutralen Länder in Stockholm an die der Internationale angeschlossenen Parteien.

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hat seine, den Parteien der neutralen Länder angehörenden Mitglieder beauftragt, als Konklusion der ihm von den verschiedenen Parteien eingereichten Denkschriften und im Hinblick auf die Diskussion auf der allgemeinen Konferenz einen Vorschlag in konkreten Formeln auszuarbeiten, der die Zustimmung der verschiedenen sozialistischen Organisationen zu finden und so als Grundlage für die Friedensverhandlungen zu dienen vermöchte.

Auf diese Art entschlossen sich die Delegationen der sozialistischen Parteien Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Hollands, die Verantwortung für die nachstehenden Vorschläge zu übernehmen, von dem Gedanken geleitet, dazu beizutragen, daß einem Krieg, der Europa vollständig zugrunde zu richten und das Geschlecht von heute und morgen für ein Jahrhundert an der Wurzel zu treffen droht, in kürzester Frist ein Ende gemacht werde. Sie legen ihnen gleichzeitig eine ausführliche erläuternde Denkschrift vor, die den Charakter und die Tendenz ihrer Vorschläge genauer auseinandersetzt.

Die Verfasser des vorliegenden Dokuments wissen, daß sie keine der kriegführenden Parteien böllig befriedigen werden. Aber sie haben ihre Formeln im Gefühl ihrer Verantwortung als Mitglieder der Internationale gewählt, im klaren und festen Bewußtsein von Sozialisten und Menschen, die fühlen, daß die gesamte Menschheit der Schlächtere überdrüssig ist, und daß die Soldaten in den Schützengräben die Initiative aller neuer Feinde werden, die durch einen Versuch der Vermittlung, ihre unerbittlichen Leiden abzulösen.

Seit drei Jahren sind ungeheure Armeen an allen Fronten aufgestellt und in fletem Wechsel folgt dem Sieg von gestern die Niederlage von heute. Frankreich ist nicht zu Boden geworfen und Oesterreich nicht aus den Fugen gegangen. Großbritannien ist immer noch stark und Deutschland nicht weniger mächtig. Aus der Erfahrung dieser drei Kriegsjahre darf man getrost die Folgerung ziehen, daß es weder 1917 noch 1918, noch auch später Sieger oder Besiegte geben wird. Die Völker haben sich für die Industrie des Todes organisiert und sie haben eherner Mauern aufgerichtet, an deren Fuß die Blüte der Jugend zwecklos zugrunde geht.

Es gilt, Europa zu retten! Der jetzige Krieg hat die Probleme, die den Konflikt geboren haben, nicht gelöst. Er hat noch nichts erreicht, und es ist sehr zweifelhaft, daß er irgend etwas erreicht. Das einzige Gute, das er hervorgebracht hat, ist, daß er es Rußland ermöglicht hat, sich vom Zarismus durch eine Revolution zu befreien, deren Wirkungen um so bedeutender sein werden, je früher der Frieden geschlossen wird. Weiter aber hat die Nichtigkeit der unmittelbaren Ergebnisse des Krieges, zusammen mit der Ungeheuerlichkeit seiner Schäden das, was gestern eine Utopie war, in eine Notwendigkeit verwandelt: die Errichtung einer internationalen Ordnung.

Der moderne Krieg erscheint nicht mehr als ein Mittel, politische und wirtschaftliche Konflikte zu entscheiden, und die Welt scheint endlich begriffen zu haben, daß an die Stelle des Systems der Gewalt die Herrschaft des Rechts gesetzt werden muß.

Es ist das Prinzip des Schiedsgerichts und der Vermittlung, in dessen Anwendung künftig die Regelung aller Streitfragen gesüdet werden muß. Dieses Prinzip ist einer sofortigen Anwendung fähig unter der Bedingung, daß man eine Politik befolgt, die gleichzeitig die Aufhebung des Protektionismus und des Militarismus — diese zwei Normen des Krieges zwischen den Völkern anstrebt. Alle Nationen müssen die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen des allgemeinen Interesses wirtschaftlich zu entwickeln und das Hauptziel der unmittelbaren Aktion des Proletariats muß die internationale Abrüstung sein, die durch die Erichöpfung der Staaten und durch die unheilvollen Erfahrungen dieses Krieges notwendig geworden ist.

Wenn die kriegführenden Nationen über diese Hauptpunkte ins Einvernehmen kommen, wird die Gesellschaft der Nationen tatsächlich geschaffen sein. Sie wird in ihren Anfängen keine vollendete Schöpfung sein, aber sie wird in sich notwendig die innere Kraft organischen Wachstums haben. Auf diese Art wird der Frieden den Charakter der Dauer bekommen.

Aus dem hier festgestellten Gleichgewicht der militärischen Kräfte ergibt sich als natürliche Folgerung, daß der kommende Frieden nicht von einem Sieger einem Besiegten auferlegt werden kann. Er wird ein Verständigungsfrieden sein müssen.

Dieser Frieden kann geschlossen werden auf der Grundlage des Status quo ante, mit Korrekturen, die die Probleme lösen, die dem Krieg zugrundeliegen oder Konfliktsstoffe ge-

worden sind. Es ist der Frieden ohne Annexionen. Es ist der Frieden ohne Kontributionen. Es ist der Frieden, der den Nationalitäten die Freiheit — oder mindestens die Möglichkeit freier Entwicklung im Rahmen ihres politischen Lebens freiges gibt.

Die Lösungen, die wir vorschlagen, sind von der Grundidee getragen, daß der Frieden ein Verständigungsfrieden sein und daß er den sozialistischen Auffassungen entsprechen muß. Wir unterbreiten sie Ihnen nicht im Glauben, daß sie die einzig möglichen seien, sondern weil sie uns für ein Einvernehmen innerhalb der Parteien der kriegführenden Staaten selbst die größten Möglichkeiten zu bereinigen scheinen.

Fragen wie die belgische und die elsaß-lothringische waren bisher Hindernisse für den Eintritt in Verhandlungen. Ein Einverständnis innerhalb der Internationale über die Lösung dieser Fragen wäre geeignet, den Friedensschluß zu beschleunigen. Ein solches Einvernehmen scheint uns demzufolge geboten. Territoriale Fragen wie die des Balkans, Polens und des Trentino müssen natürlich ihre Lösung im Friedensvertrag selbst finden. Aber die Lösung der nationalen Fragen darf nicht den Abschluß des Friedens verzögern. Die Lösung einer bestimmten nationalen Frage kann, falls man bei der Verhandlung des eigentlichen Friedensvertrages nicht ins Einvernehmen kommt, der Kommission zugewiesen werden, die mit der Ausarbeitung des internationalen Statuts betraut ist. Andererseits gibt es verschiedene Fragen auf ökonomischem Gebiet, wie die Dardanellen- und die Bagdadfrage, die Interessen der Mächte in Kleinasien und in den Kolonien und die ökonomische Befreiung Perus. Diese Fragen stehen in logischer Beziehung zu den Grundlagen der Gesellschaft der Nationen selbst und können im gleichen Namen geordnet werden.

Die vorstehend gemachten Unterscheidungen dienen dazu, die Bedeutung der nachfolgenden Vorschläge zu präzisieren:

I. Allgemeine Bedingungen.

Keine Annexionen. d. h. vollständige Räumung aller besetzten Gebiete in Europa und in den Kolonien; Rückgabe dieser Gebiete an den Staat, dem sie vor dem Kriege gehört haben; vollständige Wiederherstellung der politischen Freiheit, des territorialen Bestandes und der Unabhängigkeit, die diese Staaten während des Krieges ganz oder zum Teil eingebüßt haben. Im Interesse eines dauernden Friedens schließt die Anwendung dieses Prinzips die Möglichkeit freundschaftlicher Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, unter Berücksichtigung des Willens der in Frage kommenden Bevölkerungen keineswegs aus.

Keine Kontributionen. Die Anwendung dieses Grundsatzes schließt nicht den Ersatz von Aufträgen und Requisitionen aus, die entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention während des Krieges erhoben worden sind.

Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete mittels eines internationalen Fonds, wenn diese Intervention im Interesse schwer geschädigter Staaten für notwendig erachtet wird.

Lösung der internationalen Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten; internationale Reglementierung der nationalen Autonomie, deren Aufrechterhaltung durch einen internationalen Gerichtshof gesichert werden soll; die aus mehreren Nationalitäten zusammengesetzten Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt, die hauptsächlich von einer bestimmten Nationalität bewohnt Gebieten werden als politisch autonome Distrikte dieser Bundesstaaten konstituiert und ihre nationalen Angelegenheiten genießen dort kulturelle Freiheit.

Rechtssicherungen für die Arbeiter im Sinne der Beschlüsse von Leeds, Stockholm und Bern.

Allgemeine Amnestie für alle durch Kriegsurachen verursachten Verbrechen und Vergehen politischer Natur.

II. Besondere Bedingungen.

Vollständig politische und ökonomische Wiederherstellung Bel-

Schwere Kämpfe im Westen. — Ersümmung italienischer Stellungen an der tiroler Front.

Deutscher Tagesbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 24. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern drängten unsere Truppen durch Gegenangriff den Feind fast völlig aus dem in unserer Abwehrzone noch behetzten Streifen am Südrande des Houthouster-Waldes zurück; Gefangene blieben in unserer Hand.

Im Kampfgebiet von Draabank bis Handvoorde nahm nachmittags das Feuer wieder erheblich zu; neue Angriffe erfolgten nicht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Die Franzosen begannen gestern in zwei Teilen einen großen Angriff am Chemin-des-Dames, an dem Ailette-Grund nördlich von Bauxaillon bis zur Hochfläche nördlich von Raisy (25 Kilometer).

Die vormittags südlich des Dije-Kine-Kanals sich entwickelnden Kämpfe führten zu schwerem, wechselvollem Ringen zwischen der Ailette und den Höhen von Ostel. Der frühmorgens gegen unsere durch leichtstägiges beständiges Feuer verstärkten Linien antwortende Feind fand starken Widerstand und kam wegen schwerer Verluste nicht vorwärts. Erst einem späteren, nach neuen Vorbereitungen geführten und durch zahlreiche Panzermotoren unterstützten Stoße früherer französischer Kräfte von Westen her auf Ailette, vom Süden auf Chavignon gelang es, in unsere Stellungen einzubringen und bis zu diesen Dörfern vorzudringen. Dadurch wurden die dazwischen liegenden Stellungen unhaltbar. Bei der Zurücknahme der Truppen aus den in der Front zäh gehaltenen Linien mußten auch vorgezogene Batterien gesprengt und dem Feinde überlassen werden. Die Franzosen drangen stark nach, doch wurde durch das Eingreifen unserer Reserve der feindliche Stoß südlich von Rison, bei Baudesson und dem hart umkämpften Chavignon aufgefangen; weitere Fortschritte blieben dem Gegner verweigert.

Die gleichzeitig auf der Hochfläche beiderseits des Gebirges La Motte (südlich von Filain) angelegten Angriffe mehrerer französischer Divisionen scheiterten trotz wiederholten Ansturms unter den schwersten Verlusten.

Abends schritt nach mehrstündigem Trommelfeuer der Feind zwischen Brape und Ailette zum Angriff. Zuerst führten dort keine Truppen tief gegliedert vor; im Abwehrfeuer und stellenweise in erbittertem Nahkampf brach an dieser Front der Stoß der Franzosen völlig zusammen. In örtlichen Kämpfen setzte sich die Schlacht bis tief in die Nacht fort; sie ist bisher nicht wieder aufgelebt.

Unsere Truppen haben sich heldenmütig gehalten.

Auf dem östlichen Maasufer spielten sich tagsüber südwestlich von Beaumont Grabenkämpfe ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Zwischen dem Nigajischen Meerbusen und der Düna nahmen wir in den letzten Tagen bis zum 22. Oktober ohne Zürrung durch den Feind unsere in breiter Front vor die Hauptstellung weit vorgeschobenen Sicherungsstruppen zurück, die in erfolgreichem Gefechten den Russen den Einblick in unsere Aufstellung seit Anfang September geteilt hatten.

Mazedonische Front

Lebhafte Artillerietätigkeit nur westlich des Schirafes und vom Bardar bis Doiran, wo Vorstöße der Engländer abgewiesen wurden.

Italienische Front.

Die Gefechtsstätigkeit in Tirol, Kärnten und am Jonzo ist merklich aufgelebt. Deutsche Artillerie hat in den Feuerkampf eingegriffen, deutsche und österreichisch-ungarische Infanterie hat heute Morgen bei Filitz, Tolmei und im Nordteil der Hochfläche von Bainsizza die vordersten italienischen Stellungen genommen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Nach sechstägigem stärkstem Trommelfeuer haben die Franzosen einen Vorstoß unternommen, der in dem zerstückelten und zerwühlten Trichterlande nur einen faktischen Erfolg hatte. Eine strategische Auswirkung des Erfolges ist den Franzosen aber so wenig gelungen wie den Engländern in Flandern. Der gestrige Abendbericht läßt bereits erkennen, daß die Franzosen keinen neuen Angriff unternommen haben.

An der italienischen Front hat die deutsch-österreichische Offensive begonnen. Zum erstenmale erscheinen deutsche Truppen in größeren Massen an der italienischen Front. Es ist charakteristisch und sollte unseren Feinden zu denken geben, daß in demselben Augenblick, wo die Franzosen und die Engländer im Westen die größten Anstrengungen machen, um die deutsche Front zu durchstoßen, Deutschland eine Offensive gegen Italien unternimmt. Dieselbe hat, wie der neueste Bericht meldet, bis jetzt den beabsichtigten Verlauf genommen. Hoffen wir das Beste.

Deutscher Abendbericht.

WB. Berlin, 24. Okt., abends. (Amtlich.) In Flandern starker Feuerkampf. Am Chemin des Dames nur geringe feindliche Artillerietätigkeit. Die Franzosen haben ihren Angriff nicht fortgesetzt.

Im Osten nichts von Bedeutung.

An der italienischen Front nimmt die gemeinsame Angriffsoffensive den beabsichtigten Verlauf. Bisher sind einige Tausend Gefangene gemeldet.

gions und kulturelle Autonomie Flanderns und Walloniens. Minderheit aller entgegen dem Völkerecht erhobenen Steuern und Restititionen. Die Vereinigung des von Deutschland zu leistenden Schiedsgerichtes, dessen Prinzip in der Erklärung der deutschen Regierung vom 4. August 1914 anerkannt wurde, kann dem Haager Schiedsgericht überlassen werden.

Lösung der elsaß-lothringischen Frage durch eine Volksabstimmung, die innerhalb eines vereinbarten Zeitraumes nach Friedensschluß vorzunehmen ist. Diese Volksabstimmung kann einseitig oder geteilt sein, d. h. entweder den ganzen Umfang des umstrittenen Gebietes umfassen oder bezirksweise organisiert werden. Zur Urne zugelassen sind die Wähler, die die ständige Bevölkerung bilden, ohne Ausschluß jener, die Elsaß-Lothringen während des Krieges verlassen haben und dahin zurückzukehren wünschen. Als Grundlage könnte die Wählerliste der letzten Wahl vor Kriegsausbruch dienen. Für die Freiheit der Abstimmung sind Sicherheiten zu schaffen.

Wiederherstellung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Serbien, das mit Montenegro vereinigt und mit internationalen Mitteln wieder aufgerichtet werden soll. Serbien soll ebenso wie Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Gebiet und zum Hafen von Saloniki bekommen, die unter die Verwaltung der drei interessierten Staaten gestellt werden. Andererseits soll namentlich den Ansprüchen Bulgariens Genüge getan werden, durch die Zuteilung des östlichen Mazedoniens bis zum Warbar, der die Verbindungslinie Serbiens mit dem Meere zu bleiben hat.

Errichtung eines freien und unabhängigen Polens, mit Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und Autonomie der jüdischen und anderer Minoritäten. Die polnischen Bezirke Oesterreichs und Deutschlands erhalten eine möglichst weitgehende Autonomie.

Territoriale Autonomie der Nationalitäten in Rußland im Rahmen der föderativen Republik und Sicherung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereint bleibt.

Lösung der böhmisches Frage im Sinne einer Vereinigung der zusammenhängenden Bezirke bewohnenden Tschechen zu einem Bundesstaat Oesterreich-Ungarns. Die südslawischen Völker Oesterreich-Ungarns sollen eine vollständige Gleichheit in wirtschaftlicher Beziehung erlangen und in einem einzigen Verwaltungsgebiet vereinigt werden.

Die italienischen Bezirke Oesterreichs, die nicht an Italien kommen, genießen kulturelle Autonomie.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichheit Irlands im Rahmen Großbritanniens.

Gütliche Lösung der nordwestdeutschen Frage durch ein Einvernehmen der beteiligten Staaten auf Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragen der Bevölkerung.

Unabhängigkeit und territoriale Wiederherstellung Türkisch-Armeniens mit Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Internationale Lösung der Judenfrage: Personalautonomie in den Gebieten Rußlands, Oesterreichs, Rumaniens und Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen wohnen; Schutz der jüdischen Kolonisation in Palästina.

III. Feierliche Erklärungen.

Um dem Frieden den Charakter der Dauer zu verleihen, sollen sich die vertragsschließenden Parteien bereit erklären, die Gesellschaft der Nationen zu errichten, auf Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichtes und der allgemeinen Abrüstung, mit Aufhebung jedes Wirtschaftskrieges und Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik.

Genossen!

Wir unterbreiten Ihnen vertrauensvoll das vorliegende Dokument und wären Ihnen erkenntlich, wenn Sie es Ihren zuständigen Organisationen zur Prüfung übermitteln wollten. Wir ersuchen Sie, uns Ihre Ansicht mit Darlegung der Gründe vor dem 1. Dezember 1917 zugehen zu lassen.

Die dem Organisationskomitee von Stockholm angehörenden Mitglieder der Parteien der neutralen Länder glauben dadurch, daß sie so handeln, wie sie es getan haben, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Sie erwarten von den Sozialisten Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten, daß sie fortfahren, energisch für die Bewilligung der Pässe zu wirken, um die Verammlung der allgemeinen Konferenz zu ermöglichen, deren Initiative ausschließlich der russischen Revolution und den Parteien der neutralen Länder zu danken ist und so den Frieden vorzubereiten. Sie erwarten von den Sozialisten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, daß sie einen ebenso energischen Druck auf ihre Regierungen ausüben, um die Errichtung eines parlamentarischen demokratischen Regimes und die Präzisierung der Kriegsziele durchzusetzen. Sie erwarten von den Sozialisten aller kriegführenden Länder, daß sie den Kampf gegen den Annexionsismus und gegen den Imperialismus fortsetzen.

Das Bedürfnis der Völker nach Frieden ist über alle Maßen groß. Wenn der Sozialismus die Bedeutung des Augenblicks begreift, wird er seine tätige Mitarbeit bei der Errichtung des neuen politischen Regimes der Zukunft durchsetzen und sein Werk wird seiner geschichtlichen Aufgabe würdig sein.

Proletariat aller Länder, vereinigt euch!
Stockholm, 10. Oktober 1917.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Beginn der deutsch-österreichisch-ungarischen Offensive gegen Italien.

Wien, 24. Okt. Im Herrenhaus erklärte heute nach Erledigung der Tagesordnung der Präsident Fürst Windischgrätz: Heute früh ergriffen die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen am oberen Isonzo die Offensive. Die Operationen nehmen, soweit Meldungen bis jetzt vorliegen, einen günstigen Verlauf. Vielfach sind die ersten feindlichen Linien genommen. Bisher wurden an 6000 Gefangene eingebracht.

Weitere 26 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 25. Okt. (W.B. Amtlich.) An der englischen Westküste und in der Nordsee wurden durch eines unserer

Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant z. S. Georg, neuerdings sechs Dampfer und ein Segler mit rund 26 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Darunter befanden sich der englische Dampfer „Richard de Leringado“ (4000 Tonnen) sowie vier bewaffnete englische Dampfer, deren Namen nicht festgestellt werden konnten. Der versenkte Segler hatte Koks geladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein englischer Hilfskreuzer torpediert.

W.B. London, 23. Okt. (Nicht amtlich.) Amtlich. Der Hilfskreuzer „Urania“ (12 927 BRT.) ist am 19. Oktober torpediert worden und gesunken. Menschenverluste sind nicht zu beklagen.

Ein englischer Torpedobootszerförer gesunken.

W.B. London, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Ein Torpedobootszerförer ist infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Drei Offiziere und 21 Mann wurden gerettet.

Französischer Bericht.

Französischer Heeresbericht vom 23. Oktober, abends. Nördlich der Aisne entwickelte sich ein Angriff, den wir am Morgen ansetzten, unter außerordentlich günstigen Bedingungen. Trotz des Nebels und Regens griffen unsere Truppen mit wunderbarem Ungestüm die feindlichen Anlagen des Feindes an, die von den besten Truppen Deutschlands verteidigt wurden und von zahlreicher Artillerie unterstützt waren. Im ersten Schwung nahmen unsere Soldaten die von den Steinbrüchen Fruth-Boheby begrenzten Linien. Bald darauf fiel das Fort Malmaison in unsere Hände. Weiter vorstehend gaben unsere Truppen Beweise ihrer unerschütterlichen Stojkraft. Sie warfen den Feind aus den Steinbrüchen von Montparnasse, die zum Teil durch schwere Granaten aufgewölbt waren.

Auf unserem linken Flügel ging das Vorrücken mit demselben Erfolg weiter. Die Dörfer Allemand und Baudeffon blieben in unserer Gewalt, während zur Rechten unsere Truppen die Linien bis auf die lehrstehenden Höhen von Paragny-Filain vortrugen. Im Zentrum schließlich drängten unsere Truppen frische Reserven des Gegners zurück und bemächtigten sich nach hartem Kampf des Dorfes Chavignon. An diesem Punkte erreichte unser Vorrücken eine Tiefe von 3 1/2 Kilometer. Die Verluste, die der Feind im Laufe dieses Kampftages erlitt, waren beträchtlich und kommen zu denen, die durch die Artillerievorbereitung verursacht worden waren. Die Zahl der bisher gezählten Gefangenen übersteigt 7500. Unter dem enormen erbeuteten Material zählten wir 25 schwere und Feldgeschütze.

Trotz des sehr ungunstigen Wetters erfüllten die Flieger in tapferer Weise die Aufgabe, die ihnen bei Flügen 50 Meter über den Linien zukamen.

Lloyd Georges über die irische Frage.

London, 24. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Unterhause. Redmonds Antrag, der das Vorgehen der Verwaltung hinsichtlich der irischen Exekutive benämigt, wurde mit 211 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Lloyd George sagte: Es gibt drei Dinge, die die Regierung in Irland nicht zulassen konnte: 1. Sie konnte nicht gestatten, daß zum Aufstand geheißen wurde, 2. konnte die Regierung nicht die Organisation einer Empörung zulassen, 3. forderten die Sinnfeiner unumschränkte Unabhängigkeit für Irland, England kann aber unter keinen Umständen derartiges gestatten. Lloyd Georges verpflichtet sich, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufwenden würde, um eine Vorlage zur Annahme zu bringen, in der alles, was hinsichtlich der irischen Konvention durch Verträge festgestellt worden sei, zusammengefaßt werde.

Die kommenden Entente-Beratungen.

Petersburg, 23. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersb. Telegr.-Ag. Hinsichtlich der von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats dem Vertreter auf der Pariser Konferenz Skobelew erteilten Anweisungen wird im Ministerium des Außern betont, daß die Anweisungen für die Mitglieder der russischen Abordnung für die Konferenz keinen bindenden Charakter haben. Das Ministerium ist der Ansicht, daß sämtliche Mitglieder der Abordnung vor allem die Vertreter der vorläufigen Regierung sein werden und infolgedessen ein gemeinsames Programm demnächst zu vereinbaren haben werden. Die Regierung erörterte die Probleme und Ziele der Regierung als besonderes Programm, welches ihre Vertreter in Paris darlegen sollen, wobei sie sich einzig und allein von dem Schutz der Interessen Rußlands leiten lassen. Die Zusammenfassung der Abordnung ist noch nicht bestimmt. Nach Empfang der Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats stellten die russischen Diplomaten den einseitigen Charakter fest und wiesen darauf hin, daß man darin viel von den Pflichten Rußlands und der Verbündeten spreche, aber kein Wort von den Pflichten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, so daß die Anweisungen über die politische Regierungsform der Deutschen Polens sowie der tschechischen Länder und der anderen slavischen Gebiete Oesterreichs mit Stillschweigen hinwegkommen könne.

Aus dem russischen Vorparlament.

Petersburg, 24. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Petersb. Tel.-Ag. Im Vorparlament ergriff nach dem Kriegsminister Worichowitsch der Marineminister Werderowsky das Wort. Er begann seine Rede mit der Erklärung, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehe gegenwärtig der Rigaische Meerbusen und infolgedessen die Dittieslotte, der Rußland alle Hilfsquellen sichern müsse, damit sie erfolgreich ihren Zweck erfüllen könne. Man muß also den Arbeitern die unumgängliche und gebieterische Notwendigkeit, Tag und Nacht zu arbeiten, eindringlich vorstellen, damit wir nicht im nächsten Frühjahr schwächer dastehen als jetzt. Der Admiral sprach darauf von den gegenseitigen Beziehungen arischen Offizieren und Matrosen und stellte fest, daß sie in Kiew normal, dagegen in Selsingfors sehr gespannt seien, wo Bruderblut vergossen worden sei. Aber die Schuld dafür liege bei den Feinden des Volkes, die seinen Untergang wollten. Der Minister schloß mit den Worten: Ich hoffe, daß die Frage der Manneszucht schließlich auf der Grundlage wechselseitigen Vertrauens gelöst

werden wird, wie dies bereits freiwillig auf den Schiffen durchgeführt worden ist. Die an den Kämpfen im Rigaischen Meerbusen teilgenommen haben.

Die Reichskanzlerkrise

befindet sich noch immer in der Schwere und es ist berechtigt nicht abzusehen, wie sie ausgehen wird. Der Reichskanzler hat anscheinend nicht die Absicht zurückzutreten, obwohl die Chancen für ihn völlig unhaltbar geworden ist. Zwar lehnen es die Nationalliberalen sowohl als das Zentrum ab, den Reichskanzler zu „stürzen“, indessen lassen die Presseorgane der beiden Parteien keinen Zweifel darüber, daß an einem Verbleiben Dr. Michaelis auf dem Reichskanzlerposten keine Rede mehr sein kann. Wahrscheinlich wäre die Krise schon gelöst, wenn man sich auf den Nachfolger des jetzigen Kanzlers verständigen könnte. Aber damit happens.

Innerhalb der Mehrheitsparteien besteht zwar Übereinstimmung darüber, daß mit dem System des Obrigkeitstages gebrochen werden muß, was aber an dessen Stelle treten soll darüber gehen die Meinungen auseinander. Der Prozeß der Parlamentarisierung ist im Gange, aber er hat bedeutende Hindernisse zu überwinden. Zentrum und Nationalliberale scheuen vor den Konsequenzen des Parlamentarismus noch zurück, während die Sozialdemokratie und die fortschrittliche Volkspartei geradezu auf den Parlamentarismus lossteuern. Einsteilen ist die Entwicklung noch ganz im Fluß und es ist nicht abzusehen, welches Resultat dabei herauskommen wird. Der Reichstag geht einer klaren Entscheidung noch immer aus dem Wege. Das Schlimmste ist, daß er die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen führt und damit den Quertreibereien Tür und Tor öffnet. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktion sein, diesem unhaltbaren Zustande so bald als möglich ein Ende zu machen. Wir müssen endlich zu klaren Verhältnissen kommen, wenn die innerpolitische Krise nicht unsere Situation in der auswärtigen Politik gefährden soll. Je früher es gelingt, die innerpolitische Krise einer gefunden Lösung entgegenzuführen, um so leichter wird es sein, die dem Frieden entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden.

Deutsches Reich.

Im Zeichen der Verschleppung.

Die Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die am Freitag abend abgebrochene Erörterung der Ernährungsfragen keinesfalls vor Freitag, den 2. November, wieder aufzunehmen. Bis dahin soll ausschließlich über die Kohlenreijungsgang beraten werden. Da nun aber die Ernährungsdebatte in der Kommission mindestens 8-10 Tage in Anspruch nehmen wird, so ist damit gesagt, daß die Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, schon am 6. November, sondern frühestens Mitte November wieder aufgenommen werden können. Nun sind aber die ersten Plenaritzungen nach der Pause schon mit allerlei anderem Beratungsstoff so reichlich belastet (Disziplinarfrage, nochmalige Beratung des vom Herrenhause zurückgenommenen Schatzungsamtsgesetzes usw.), daß man vor der zweiten oder dritten Sitzung kaum mit der öffentlichen Besprechung der Heizungschwierigkeiten und der Ernährungsfragen wird beginnen können. Das bedeutet aber eine Sinauschiebung der ersten Lesung der Wahlreformvorlage bis mindestens Ende November; denn ehe man an diese herangeht, will man mit der Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen erst restlos zu Ende gekommen sein.

Im Finanzausschuß der Zweiten bayerischen Kammer hat das Zentrum es abgelehnt, die Beratung der sozialdemokratischen Anträge auf Revision der Verfassung einem besonderen Ausschuß zu überweisen. Die Mehrheitspartei will die ihr unannehmbaren Anträge möglicherweise und geräuschlos um die Ecke bringen. Unter Nürnberger Parteiblatt kennzeichnet die Stimmung im Volk hierüber wie folgt: „Im Volk gärt und brodel es. Gebieterisch verlangen die breiten Schichten des Volkes Anerkennung ihrer natürlichen Rechte in Staat und Gesellschaft. Die für das Vaterland zu Hunderttausenden auf dem Schlachtfeld ihr Blut veriprigten, verlangen, an der Staatsleitung beteiligt zu werden, damit sich ihnen ein Teil der Lasten des Weltkrieges im Gefolge hat, künftig vermieden werde; sie wollen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung erwirken, damit künftig auch ihre Interessen sich Geltung verschaffen können. Die so lange in Schatten lebten, verlangen nach Licht und Luft. Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen, ein freies Volk im freien Staat soll das Ergebnis des Weltkrieges sein. Jetzt schon, noch während des Krieges verlangt das Volk, fordern besonders unsere Feldgrauen die notwendigen Reformen; denn sie fürchten nicht ohne Grund, nach dem Weltkrieg könnte es gegenüber dem Volk heißen, wie nach dem Befreiungskriege von 1813: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Im Saalfelder „Volkblatt“ erinnert der Sachsen-Meininger Landtagsabgeordnete Eckardt an das Versprechen des Staatsministers Schaller, „von dem Herzog die Ermächtigung zu erbitten, zum Zweck der Umgestaltung des Wahlrechts den Gesetzgebungsanspruch noch vor der nächsten Tagung des Landtages zu berufen, um mit ihm die erforderlichen Vorarbeiten zu erledigen.“ Eckardt bemerkt hierzu, seitdem seien fünf Monate ins Land gegangen, und in kurzer Zeit müsse der Landtag wieder zur Staatsberatung berufen werden, aber noch immer warte man auf die Berufung des Gesetzgebungsanspruches. Eckardt vermutet, es sind Kräfte am Werk, welche die Einberufung zu hintertreiben wüßten. Er kündigt an, daß die sozialdemokratische Fraktion des Meininger Landtages nicht zum dritten Male ihre Wahlrechtsanträge hinsichtlich bis zur letzten Sitzung der Tagungsperiode verschoben lassen wird. Auch werde sich das Meininger Volk nicht mit Fiktionen abweisen lassen; die Zeit sei reif für ganze Arbeit. Ein Wahlrechtserwerb werde man sich nach den gewaltigen Kriegsoptionen nicht bieten lassen, das werde schon die nächste Zukunft zeigen.

nimmt in Parteien...
Der f...
vergangen...
ein Mark...
net werden...
sozialdemo...
1914, für...
wortung...
bedeutend...
werden. A...
zum Teil p...
bedeutlich...
wollt ist, ih...
neinung de...
ihrer Bejand...
Einates zu...
gegen das...
das Vaterla...
Wohlfahrt...
bei aller...
selbst sow...
reidem Maß...
Einigkeit...
jeden Politik...
geben Ganz...
zialdemokrati...
Politik...
Jenen Min...
den, der So...
zu erleicht...
Geneignung

4 Durland...
demokratische...
Genosse...
in Würzburg...
für der Verla...
4 Durland...
seiner Sitzung...
gen über die...
lassen. Verla...
Jahre 1907...
ner auf weiter...
Paktzins für...
pro Jahr betr...
gedauert unter...
Omnadmetrer...
1922. Vorlage...
Zentralerne...
verwaltung not...
in das Eigent...
wirtschaftliche...
für die 87...
pakt der Milit...
ind vom Milit...
änderung ent...
verpacktet...
Gergier...
den jüdischen...
ung der Sa...
erhält die Spar...
alleihen im Be...
Vernehmung...
größer der Gr...
Vorlage 6. Zu...
wird ein weiter...
Prozent gest...
gerauschlos...
Wahlung vom...
liegt werden...
neuer Ordn...
Gehälter eing...
erhöhen we...
Gebäude an Pri...
paßung von...
Artilleriedepo...
berufen von...
dem Rangierba...
nach unange...
bei der Vorlage...
(In unferen...
es statt Stenge...
2 000 000 Umfa...
4 000 000“).

oc. Mugg...
einer Kuh wu...
zu unglückli...
harden ist...
bc. Kehl, 2...
die Ruhr ist...
hinder vier...
6 Offenbu...
den 48-jährig...
von Frieden...
von Gefängnis...
oc. Furtwa...
hier ereignet...
sein von ein...
bemer Kiferme...
schiff...
oc. Willman...
wachte sich...
gegen die von...
hohen Schip...
Verwässerung...
schon alle die...
Schiffverjorg...
gation bringt...
tamen entgegen...
Freiburg i...
mitgeteilt: Die...
gebäude an nap...

Neues vom Tage.

Gasvergiftung.

Berlin, 24. Okt. Privattelegramm. In ihrer in Neu- fällen gelegenen Wohnung wurde die Zeitungsträgerin Stüber, deren Mann als Unteroffizier im Felde steht, mit ihren 5 Kindern tot aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung vor, die auf einen undichten Gas Schlauch zurückzuführen ist.

Letzte Nachrichten.

Die kapitalistische Internationale.

Berlin, 25. Okt. Wie die „Vossische Zeitung“ be- richtet, ergab die Unterredung der Gerichte über Friedens- besprechungen, die zwischen der Hochfinanz beider Mächte- gruppen stattgefunden haben sollen, lediglich, daß mög- gebende Finanzleute der Entente und der Mittelmächte in Verbindung gestanden haben, um ihren Besitz an bestimmten Werten miteinander auszutauschen.

Eine Rede des Kronprinzen.

Berlin, 25. Okt. Der Kronprinz hielt bei Besichtigung der seiner Heeresgruppe zugeteilten Jungmännern der Rhein- provinz eine Ansprache und sagte, wie der „Berliner Lokal- anzeiger“ berichtet: Wenige Kilometer von hier stehen Eure

Väter und Brüder im schweren Kampf um die Existenz des Deutschen Reiches. Eure Aufgabe ist, ihrer würdig zu wer- den. Es sind Kräfte am Werk, die das Deutsche Reich und die Monarchie antasten wollen, die Zwietracht säen wollen zwischen Volk und Fürst, weil sie wissen, daß anders Deutsch- land unüberwindlich ist. Das zu verhindern ist auch schon Eure Aufgabe. Man rechnet auf Euch.

Erhöhung der Löhne der preussischen Eisenbahnarbeiter.

Berlin, 25. Okt. In der verstärkten Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses erklärte heute der Vertreter des Mi- nisteriums der öffentlichen Arbeiten, eine allgemeine sofortige Lohnerhöhung von 10 Prozent für das Eisenbahnpersonal sei in Aussicht genommen, daneben eine Erhöhung der Leu- rungszulagen für die an besonders teureren Orten beschäftigten Arbeiter.

Der Kandidat für den polnischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 25. Okt. Das Warschauer Blatt „Dziennik“ meldet dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, in Berlin sei die Kandidatur des Grafen Tarnowski als polnischer Mi- nisterpräsident genehmigt worden. — Die Stadt Warschau verhandelt mit einem Wiener Bankkonzern wegen einer gro- ßen Anleihe.

Das wackelige italienische Ministerium.

Berlin, 25. Okt. Aus Lugano wird dem „Berliner Lokal-

anzeiger“ berichtet: Die 82 Mitglieder zählende politische Gruppe der Rechten und des Zentrums in der italienischen Kammer beschloß vorgestern abend in ihrer auf dem Monte Citorio abgehaltenen Versammlung mit allen gegen 4 Stim- men, gegen das Ministerium zu stimmen. Der Beschluß war mit großer Spannung erwartet worden, da er als entscheidend für das Schicksal des Ministeriums anzusehen ist.

Briefkasten der Redaktion.

M. Kr. Gebr. G. Labry. So wie die Sache gemacht wurde, ist es zweifellos nicht richtig. Beschweren Sie sich bei Herrn Kompagnieführer.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 28. Oktober, vormit- tags 10 Uhr, findet im „Löwenbräu“ in der Hauptstraße Mit- gliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Vor- sitz; Abrechnung vom 2. Quartal 1917/18. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. 14018
Hagelsfeld. (Sozialdem. Verein.) Kommenden Samstag, 27. Ok- tober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Virtus“
Vollständiges Erscheinen erwartet 1411 Der Vorstand.

Bekanntmachung

für Selbstversorger mit Getreide und Hülsenfrüchten.

Zur Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 16. August geben wir in folgendem bekannt, welche Mengen an selbstgebauntem Getreide und selbstgebaunten Hülsenfrüchten nach Anordnung des Kriegsernährungsamts Landwirte verwenden dürfen:

1) Zur Ernährung der Selbstversorger dürfen auf den Kopf verbraucht werden:

- a) An Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten für die Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 15. November 1917 insgesamt 6 Kilo (aber höchstens 1 1/2 Kilo Hülsenfrüchte). Gemenge, in dem sich Hülsenfrüchte befinden, gilt als Hülsenfrucht.
- b) An Buchweizen für das ganze Wirtschaftsjahr insge- samt 35 Kilo, an Hirse insgesamt 10 Kilo.

2) Zur Erhaltung der zum Betriebe gehörigen Grundstücke dür- fen auf das ar verwendet werden:

- a) An Winterroggen bis zu 3,10 Pfd.
- b) „ Sommerroggen bis zu 3,20 „
- c) „ Winterweizen bis zu 3,80 „
- d) „ Sommerweizen bis zu 3,70 „
- e) „ Spelz bis zu 4,20 „
- f) „ Gerste bis zu 3,20 „
- g) „ Hafer bis zu 3, „
- h) „ großen Vitoria-Erbsen und an Acker- bohnen bis zu 6, „
- i) „ sonstigen Erbsen und sonstigen Bohnen bis zu 4, „
- k) „ Linjen bis zu 2, „
- l) „ Buchweizen bis zu 2, „
- m) „ Hirse bis zu 0,60 „
- n) „ Saattweiden bis zu 2, „
- o) „ Mischfrucht nach dem Mischungsverhältnis der Früchte.

3) Zur Verfütterung des im Betrieb gehaltenen Viehs dürfen vom 16. September bis einschließlich 15. November 1917 an Hafer sowie an Gemenge aus Hafer und Gerste verbraucht werden:

- a) Für Pferde und Maultiere 3 Pfd. für den Tag; für schwerarbeitende Zugpferde mit Genehmigung unserer Futtermittelstelle (Heißhalle) daneben eine Zulage bis zu 4 Pfd. für den Tag.
- b) für Zuchtstullen je 50 Pfd. für den ganzen Zeitraum.
- c) für die zur Feldarbeit verwendeten Zugochsen und für die in Gemengung anderer Spanntiere zur Feldar- beit verwendeten Zugpferde unter Beschränkung auf 2 Kühe für den einzelnen Betrieb je 1 Zentner für den ganzen Zeitraum.
- d) mit Genehmigung unserer Futtermittelstelle darf Ha- fer oder Gerste oder Gemenge aus Hafer und Gerste zur Fütterung an Zuchtstullen verfüttert werden, und zwar je 1 Zentner für den ganzen Zeitraum. An an- dere Schweine, insbesondere an Mastschweine, darf we- der Hafer noch Gerste noch Gemenge verfüttert werden.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1917. 1408

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Zombat, Rotguss und Bronze können bei der städt. Metallannahme- stelle Karlsru. 30

aus den bisher nicht aufgerufenen Straßen

am 26. und 27. Oktober 1917,

abgeliefert werden.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1917. 1407

Das Bürgermeisteramt.

Grundstück-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lg. Nr. 5928: 4 a 74 qm mit Gebäuden, Hauptrechtstraße 35
Eigentümer: Hugo Rupp, Kaufmann in Karlsruhe
Schätzung: 58000 M.

Versteigerungstermin: Donnerstag, den 20. Dezember 1917, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. 1401
Karlsruhe, den 20. Oktober 1917.

Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Kriegspeisung.

Der Vorverkauf der Kriegspeisungsarten an den Samstag Abenden muß der Licht- und Stogenerparnis wegen eingestellt werden. Die Kriegspeisungsarten werden künftig für die sechs Wochentage von Mittwoch bis mit Dienstag ausgestellt und sind jeweils Samstag, Montag oder Dienstag zwischen 11 und 1/2 Uhr zu lösen.

Für den Uebergang werden die nächsten Kriegspeisungs- arten, die noch am Donnerstag, Freitag oder Samstag mittag zu lösen sind, für die Tage vom Montag, 29. Oktober, bis mit Dienstag, 6. November, also für 8 Abgabetermine, ausgestellt. Es kosten diese ausnahmsweise für 8 statt sonst für 6 Wochentage gültigen Kriegspeisungsarten bei Entnahme von

- 1 Liter Effen 2,80 M.
- 2 Liter Effen 5,60 M.
- 3 Liter Effen 8,40 M.
- 4 Liter Effen 11,20 M.
- 5 Liter Effen 14,00 M.
- 6 Liter Effen 16,80 M.
- 7 Liter Effen 19,60 M.

Abgabestellen sind a. St. die Hardt-Schule (Mühlburg), die Wirtschaft zum „Büchtemberger Hof“ (Ede Goethe- und Uhlend- straße), die Leopold-Schule (Leopold-Straße), die Wirtschaft zur „Gambirushalle“ (Erpzingen-Straße 20), die Wirtschaft zum „Brinj Feintisch“ (Kurden-Straße), die Uhlend-Schule (Schützen- Straße), die Ubell-Schule (Marktgrafen-Straße), die Karl-Wil- helm-Schule (Ede Ludwig-Wilhelm- und Karl-Wilhelm-Straße) und die Tulla-Schule (Tulla-Straße). 1405

Kriegspeisungsamt.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe Kohlen!

Nachdem in diesem Jahre die Kohlenzufuhr nicht wie sonst in den Sommermonaten erfolgen konnte, wäre es uns bei der vorgeschrittenen Jahreszeit und dem unzureichenden Fuhrwerk nicht möglich, die große Zahl der bei uns für Kohlen eingeschriebenen Mitglieder rechtzeitig zu versorgen.

Das Städt. Kohlenamt hat daher im Inter- esse der Verbraucher angeordnet,

daß alle bei uns eingeschriebenen Mitglieder, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis J (nach dem Adreßbuch Adler- bis einschließlich Jollystraße) wohnen, mit sofortiger Wirkung auf andere Kohlen- Handlungen übertragen werden.

Die in den genannten Straßen wohnenden Mit- glieder werden in den nächsten Tagen durch das Kohlenamt mittelst Postkarte Mitteilung erhalten, bei welcher Kohlenhandlung sie nunmehr ein- geteilt sind. 1403

Karlsruhe, den 24. Oktober 1917.

Der Vorstand.

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen und Mädchen.

Arbeitsbuch und Mittagskarte mitbringen. Gesellschaft Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel. 1438

Kartoffel-Bezug von auswärts mittels Bezugsschein.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 18. August d. Js. ein Versand von Kartoffeln

nach dem 31. Oktober 1917

nicht mehr zulässig ist, selbst wenn die Genehmigung zur Ausfuhr erfolgt ist. Die Eisenbahnerverwaltung wird nach dem 31. Oktober d. Js. Stückgut- und Expresgut- sendungen von Kartoffeln nicht mehr befördern.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1917. 1404

Städt. Kartoffel-Amt.

Die nächste Beratungsstunde für Lungenkranke

findet am Freitag, den 26. Oktober d. Js. nachmittags 4 1/4 Uhr in der Städt. Ambulatorisch. Klinik, Eingang Steinstr. statt. 1409
Badischer Frauen-Verein, Abteilung V.

Gute Leipziger Pelze in grosser Auswahl. Extra billig! — Nur Karl-Friedrichstrasse 6 1 Treppel (Neb. P. Spiegel & Wels Nähe Schlossplatz). Keine teure Ladenmiete. 1275 K. Schorpp.

Auf Allerheiligen! Schwarze Mäntel auch für starke Frauen Schwarze Jackenkleider Schwarze Röcke Schwarze Blusen in allen Stoffarten. Keine Ladenmiete. 1984 Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Gänselebern werden fortwährend angekauft. G. Weck, geb. Stürmer Erpzingenstr. 21, 2. Stof.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. PELZE Plüsch - Garnituren in großer Auswahl. — Keine Ladenmiete. Zum sofortigen Eintritt ge- sucht ca. 20—30 tücht. 1410

Gänselebern werden fortwährend angekauft, Kreuzstraße 20, früher Adler- straße 28. K. Möser. 1289

Elektromechaniker, Schlosser, Dreher, Ankerwickler und Hilfsarbeiter. Württemberg & Haas. Elektrotechnische Fabrik und Reparatur-Anstalt, Karlsruhe, Lützstraße 5. Einfaches Mädchen gesucht für Hausarbeiten. Frau, Kaiserstraße 65.

Eicheln und Kastanien zu kaufen gesucht. 1402 Wilhelm Neck, Luisenstraße 20, Tel. 8946.

Einige kräftige Frauen gesucht. Arbeitszeit 8—12 und 1—5 1/2 Uhr. 1393 R. H. Wimpfheimer, Malsgraben, Hardtstraße 64.

No. Die Aus dem ein Negativ der neue Re abgeordneten daran, daß i finden wären betrifft, so n Persönliche zu brauchen Voraussetzun schaft gegebte schriftlichen v von Männern dem jetzigen Daß für Reichsfänger sind, ist schon fänger müßt stellen, für wären, er hã also die Wah Volkspartei. gerne sehen, n würde. Eine kien der Me möglich, da einem, dem a als dessen an nis zwischen in einer ständ einer selbsti Aber bei dem regelrechte K tischen Macht es ist unmoö fbringen. So ist es halb des Rah tags stehende den wird. D ihr genau u Kollegen, fall Eine ebenso g des Reichstag sich an dem außerparlame die führenden in unabhigen widerpiegelt. Kanzlerliche u Beronenkennt Arbie in mißg Einem Reich lich aus der N Nach dieser W wie das mißf sich der Kaiser mentarische Re bekannten Ber eignet scheint. waq definiti treten haben v Regierungspro Reichstag rech Die Parteien darüber lassen warten. Aber bezeichnen föm sein anderer. gesehen davon, wenn der Reich dem Kaiser nu Daß die Sozia die Umstände darf man wohl so, noch liegt Macht im Rah fiken und So stellt hat. Denkbar wõ heitspartei en leit zu benenn die Parteien d aufkommen, daz nahmen mit P falls in Betrad strecken läßt fid